



**Hessischer
Bauernverband**

Hessischer Bauernverband e.V.

Haus der hessischen Landwirtschaft
Taunusstraße 151
61381 Friedrichsdorf

www.hessischerbauernverband.de

Tel.: 06172 7106-0
Fax.: 06172 7106-10
E-Mail: info@hessischerbauernverband.de

Pressemitteilung

20. Dezember 2022

Zukunftsfähige Landwirtschaft erhalten

HBV fordert Veränderung des überregulierten politischen Rahmens

Letzte Woche fanden zwei Gespräche zwischen Vertretern des Hessischen Bauernverbandes (HBV) und Abgeordneten des Europäischen Parlaments statt. Thomas Kunz, Vizepräsident des Hessischen Bauernverbandes (HBV), traf sich am Montag, dem 12. Dezember 2022, mit Michael Gahler (CDU), MdEP in Bickenbach auf dem Betrieb der Familie Bitsch. Am Freitag, dem 16. Dezember 2022, fand ein Treffen mit Nicola Beer (FDP), MdEP und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Wiebke Knell (FDP), MdL, auf dem Seefeldhof der Familie Zimmer in Butzbach statt. Aufhänger waren die Vorschläge der Europäischen Kommission zur pauschalen Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln (SUR). Der Vorschlag der EU-Kommission beinhaltet u.a. ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln in sogenannten sensiblen Gebieten und eine Halbierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln bei einem stark ansteigenden Bürokratieaufwand. Der aktuelle Entwurf würde einen deutlichen Rückgang der Ernteerträge in Europa bedeuten, die Lebensmittelsicherheit und -qualität gefährden sowie drastische Einbußen der heimischen Produktion zu Gunsten einer wachsenden Importabhängigkeit zur Folge haben.

„Es ist eine ganz andere Herangehensweise notwendig, denn wir Landwirte halten den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowieso schon so niedrig wie möglich. Pauschale Reduktionsziele und generelle Verbote bedeuten vielmehr eine Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland“, so Thomas Kunz. In Drittländern produzierte Lebensmittel würden unter Bedingungen angebaut, die in Deutschland verboten seien. Dies sei nicht tragbar: „Es braucht Importregeln für gleiche Standards in puncto Pflanzenschutz.“ Zudem würden die Verordnungsentwürfe einen deutlich erhöhten Bürokratieaufwand bedeuten. Die Forderung des HBV: Mehr Praxisnähe bei Regelungen und weniger Bürokratie sowie Kooperation statt Ordnungsrecht.

Maximilian Reuhl, „Hoffreunde“ Butzbach, beschrieb im Gespräch mit Nicola Beer die Betroffenheit der Obstbauern und sagte, dass die aktuellen Verordnungsentwürfe den hiesigen Obstanbau zum Erliegen bringen würden, da eine Produktion mit den vorgeschlagenen Regeln kaum umsetzbar sei. Zudem machte er darauf aufmerksam, dass EU-Regelungen aktuell in jedem Land anders gehandhabt und kontrolliert würden, wodurch weitere wirtschaftliche Nachteile für die regionale Produktion entstünden.

„Die Überregulierung durch die Politik auf den verschiedenen Ebenen ist viel zu starr, sie macht sinnvolle ackerbauliche Entscheidungen unmöglich. So können Landwirte teilweise nicht mehr ihre gute fachliche Praxis umsetzen, obwohl diese der Schlüssel zum Erfolg und zu einer sinnvollen und nachhaltigen Landwirtschaft ist. Natürliche Gegebenheiten wie Temperatur, Niederschläge, Sonnenstrahlung, Schädlingsaufkommen oder Nütz-

lingspopulationen, die einen direkten Einfluss auf die Landwirtschaft haben und flexible Entscheidungen erfordern, passen in kein politisches enges Korsett. Die Natur folgt ihren eigenen Regeln und diesen muss auch der Landwirt folgen können,“ ergänzte Kunz.

In den konstruktiven Gesprächen konnten die Vertreter des Bauernverbandes den beiden EU-Abgeordneten anschaulich ihre Sicht näherbringen und wichtige Impulse aus der Praxis mit nach Brüssel geben.

hbv

Autor: Hessischer Bauernverband
Rückfragen an: Marie-Claire von Spee, Pressesprecherin
Telefon: 06172 7106 181 | 0152 38292349
E-Mail: presse@hessischerbauernverband.de
mc.vonspee@hessischerbauernverband.de